

Antrag E01: Reißt die Festung ein! Europa muss ein sicherer Hafen werden.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Das Jahr 2022 hat viele unserer europäischen Gewissheiten über Bord geworfen. Es war
2 das Jahr des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, das Jahr der drohenden
3 Energiekrise und der Inflation. Es war aber auch das Jahr, in dem über eine Million
4 ukrainische Geflüchtete in der Europäischen Union Schutz fanden und mit der
5 Gewissheit gebrochen wurde, dass europäische Asylpolitik immer Uneinigkeit,
6 Abschottung und Inhumanität bedeuten muss. Im Umgang mit ukrainischen Geflüchteten
7 haben die EU-Staaten mehr internationale Solidarität bewiesen, als viele von uns
8 erwartet hätten. Die sogenannte "Massenzustromrichtlinie" wurde erstmals aktiviert.
9 Geflüchtete konnten selbst auswählen, in welchem Land der EU sie Schutz suchen, statt
10 wegen des Dublin-Abkommens an der Außengrenze festzuhängen. Sie waren nicht
11 gezwungen, in überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen unterzukommen, sondern konnten
12 ihren Wohnort selbst wählen, sie konnten zur Schule gehen, studieren, arbeiten.
13 Kurzum: Plötzlich war vieles möglich, wofür wir schon lange kämpfen. Und immer wieder
14 wurde diskutiert, wie sich dieser Maßstab auch für Geflüchtete aus anderen Ländern
15 anlegen lasse.

16
17 Ein Jahr später ist die Unterbringung von Geflüchteten weiterhin ein Thema von
18 öffentlichem Interesse, aber die hoffnungsvolle Bezugnahme auf die Solidarität mit
19 Geflüchteten aus der Ukraine ist kaum noch zu hören. Kommunen beklagen fehlende
20 Unterbringungskapazitäten, Bund und Land geben sich gegenseitig die Schuld an
21 finanziellen Engpässen und aus der Bundesregierung hört man das Vorhaben einer
22 "Rückführungsoffensive". Mehr und schneller abschieben wird, auch von Teilen der
23 Regierungskoalition, als Lösung propagiert. Währenddessen laufen auf europäischer
24 Ebene die Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspakt, die klar in Richtung
25 Abschottung deuten. Dieser Abschottung Europas stellen wir uns als Jusos klar
26 entgegen. Wir haben nicht vergessen, dass eine andere, eine solidarische, eine humane
27 Asylpolitik möglich ist! Wir akzeptieren keine rassistische Ungleichbehandlung von
28 Geflüchteten!

29

30 **Europäische Reformen: Eine solidarische Lösung ist nicht in Sicht**

31 Seit langem wird in der EU über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
32 diskutiert. Das Dublin-System hat sich als dysfunktional und unfair für die
33 Mitgliedstaaten erwiesen und trägt gleichzeitig zu unmenschlichen Bedingungen in
34 Lagern an der EU-Außengrenze wie zum Beispiel in Moria bei. Zuletzt wurde die
35 Diskussion über die Reformen konkreter. Die Kommission hat Vorschläge unterbreitet,
36 zu denen der Innenausschuss des Europäischen Parlaments Stellung genommen hat. Die
37 diskutierten Maßnahmen sind alarmierend! Wir haben dazu klare Positionen:

- 38 • **Wir lehnen die Fiktion der "Nicht-Einreise" ab** und die damit verbundenen Asyl-
39 "Schnellverfahren". Um das Recht auf Asyl einzuschränken, sollen Schutzsuchende

40 an der EU-Außengrenze zukünftig inhaftiert werden und als formell “nicht
41 eingereist” gelten. Im 12-wöchigen Schnellverfahren soll dann über den
42 Schutzanspruch der Antragsteller*innen entschieden werden. Ziel der
43 Schnellverfahren unter Haftbedingungen ist es, Geflüchtete in angeblich
44 “sichere” Drittstaaten abzuschicken. Das Europäische Parlament will diese
45 Schnellverfahren nur als “freiwillige” Maßnahme und nicht wie die EU-Kommission
46 als verpflichtende Maßnahme. Das ist zwar eine Abschwächung des Vorschlags, aber
47 es ermöglicht trotzdem eine Aushebelung von rechtsstaatlichen Asylverfahren. Ein
48 rechtsstaatliches, menschenwürdiges Verfahren kann es nicht als Sparversion
49 geben!

50 • **Wir lehnen die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten ab.**

51 • Wir lehnen die Regelungen zu sicheren Herkunftsländern ab und fordern ihre
52 Streichung aus
53 der Asylgesetzgebung, damit stattdessen eine umsichtige Einzelfallprüfung
54 unabhängig von
55 der Herkunft Geflüchteter erfolgen kann.

56 • **Wir lehnen den “EU-Türkei-Deal” und weitere Abkommen nach diesem Vorbild ab, wie**
57 z.B. mit Tunesien. Tunesien wird zunehmend autoritär regiert, gegen die
58 Opposition wird immer rücksichtsloser vorgegangen. Zugleich werfen
59 Nichtregierungsorganisationen den tunesischen Behörden zahlreiche
60 Menschenrechtsverletzungen und Rassismus vor. Rechtsstaatliche Asylverfahren
61 können so nicht garantiert werden. Es droht sich zu wiederholen, was bereits mit
62 der Türkei passiert ist: Die EU macht sich von einem autoritären Regime abhängig
63 und hebt gleichzeitig das Asylrecht aus.

64 • **Wir kämpfen gegen Rückführungspartnerschaften** als Alternative zur solidarischen
65 Aufnahme von Geflüchteten: Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass EU-Staaten,
66 die sich weigern Geflüchtete aufzunehmen, stattdessen zur Abschiebung von
67 Geflüchteten verpflichtet werden sollen. Falls sie damit scheitern, werden sie zur
68 Aufnahme verpflichtet. Mit diesem Verfahren wird die rechte und rassistische
69 Abschottungspolitik von Ländern wie Ungarn bestätigt. Aufnahme und Abschiebung
70 von Geflüchteten werden zu einer gleichwertigen Aufgabenteilung in der EU
71 gemacht. Wir unterstützen das Europäische Parlament in der Ablehnung dieser
72 Maßnahme.

73 • **Wir wollen nicht, dass EU-Mitteln in Infrastruktur zur Abschottung an der**
74 **Außengrenze investiert werden.** Das gilt sowohl für konkrete Barrieren wie Zäune
75 oder Mauern als auch für technische Mittel wie Drohnen.

76 • **Wir kritisieren die Verwendung von EU-Heranzuführungshilfen für**
77 **Beitrittskandidaten, um dort Abschiebegefängnisse oder ähnliche Einrichtungen zu**
78 **bauen.** Geschehen ist das im bosnischen Lipa, wo mit EU-Mitteln ein
79 Internierungsstrakt für Geflüchtete errichtet wurde - womöglich sogar an
80 zuständigen bosnischen Stellen vorbei. Bewerbungen zum EU-Beitritt werden so
81 genutzt, um Staaten dazu zu zwingen, Geflüchtete zu inhaftieren und
82 abzuschicken. Das ist in doppelter Hinsicht perfide: Es ist menschenfeindlich
83 gegenüber den Schutzsuchenden und neokolonialistisch gegenüber den
84 Beitrittskandidaten.

- 85 • **Wir lehnen den Missbrauch von Handelspolitik als Migrationswerkzeug ab:** Über das
86 Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU werden Zölle für Entwicklungsländer
87 gesenkt oder beseitigt. Der EU-Minister*innenrat hat vorgeschlagen, Staaten, die
88 beim Zurücknehmen von Staatsangehörigen nicht ausreichend kooperieren, diese
89 Handelsvorteile zu entziehen. Diese erpresserischen Methoden gegenüber den
90 ärmsten Staaten lehnen wir ab!
- 91 • Die Bekämpfung von Fluchtursachen darf keine leere Rhetorik mehr sein und muss
92 stattdessen durch diplomatische Initiativen und eine Intensivierung der
93 Entwicklungszusammenarbeit durch Deutschland und die EU endlich konkret in
94 Angriff
95 genommen werden. Hierbei muss klar sein, dass echte Lösungen nur auf Augenhöhe
96 mit den
97 Betroffenen gefunden werden können.
- 98 • Wir stellen außerdem klar: Wenn keine Einigung unter Wahrung rechtstaatlicher
99 Grundsätze
100 und dem unbedingten Schutz der Menschenrechte gefunden werden kann, ist eine
101 Koalition
102 der willigen EU-Mitgliedstaaten einem Gesamtkompromiss vorzuziehen, um
103 Geflüchtete
104 künftig fairer und zur Schaffung der für sie besten Bedingungen zu verteilen
105
- 106 **Wir fordern weiterhin:**
- 107 • **Die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex:** Zwar haben die Skandale um den
108 ehemaligen Exekutivdirektor Leggeri zu einem Führungswechsel bei Frontex
109 geführt, doch der grundsätzliche Zielkonflikt der Agentur wird dadurch nicht
110 aufgelöst. Der neue Frontex-Chef betont, dass Frontex Menschenrechte schützen
111 soll, hat aber den Auftrag, die EU möglichst effektiv gegen Geflüchtete
112 abzuschotten. Hinzu kommt eine tiefsitzende Intransparenz innerhalb von Frontex.
113 Frontex war außerdem am Betrieb von sogenannten "Black Sites", geheimen,
114 illegalen Abschiebegefängnissen in Mitgliedstaaten wie Bulgarien beteiligt. Das
115 alles sind strukturelle und keine rein personellen Probleme.
- 116 • Ein sofortiges Ende der Finanzierung der sogenannten „lybischen Küstenwache“
117 durch die EU
118 und eine Aufarbeitung der durch sie mit europäischer Unterstützung begangenen
119 Menschenrechtsverletzungen
- 120 • Ein staatliche Seenotrettungsmission im Mittelmeer, ein Ende der
121 Kriminalisierung privater
122 Seenotrettung, das Ende der Blockade der vom Bundestag für beschlossenen
123 Fördermittel
124 durch das Auswärtige Amt und politische Rückendeckung durch Deutschland und die
125 EU
126 gegen Repressionen für Seenotretter*innen und ihre Schiffe
- 127 • **Einen systematischen Monitoring-Mechanismus** als Instrument gegen
128 Menschenrechtsverletzungen wie z.B. rechtswidrige Pushbacks
- 129 • die EU-Kommission auf, unverzüglich ein **Vertragsverletzungsverfahren gegen**

130 **Litauen** einzuleiten wegen der nationalen Legalisierung von Pushbacks, auch um
131 ähnlichen Bestrebungen in anderen EU-Staaten einen Riegel vorzuschieben.

132 • **Freizügigkeit für Geflüchtete in der EU und die Abschaffung von**
133 **Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums**

134

135 **Deutsche Pläne: Gelebte Solidarität statt Abschiebegipfel**

136 Beachtung findet die deutsche Asylpolitik vor allem in Gestalt überforderter
137 Kommunen. Während die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge während der
138 Corona-Pandemie zwischenzeitlich gesunken war, ist sie zuletzt wieder deutlich
139 angestiegen. Obwohl spätestens seit 2015 allen politisch Verantwortlichen hätte klar
140 sein müssen, dass Fluchtbewegungen nach Europa nicht einfach so verschwinden werden,
141 war Deutschland erneut unvorbereitet. Weder sind die nötigen praktischen
142 Vorbereitungen, vor allem mit Blick auf Unterbringungsmöglichkeiten, getroffen
143 worden, noch hat sich die Bundesregierung an den positiven Beispielen im Umgang mit
144 Geflüchteten aus der Ukraine orientiert. **Ein enormer Vorteil bei der Unterbringung**
145 **ukrainischer Geflüchteter war, dass sie nicht dazu gezwungen wurden, in**
146 **Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.** Stattdessen konnten sie auf freiwillige
147 Helfer*innen sowie auf familiäre Netzwerke zurückgreifen, die sowohl die
148 Aufnahmeeinrichtungen entlastet haben als auch das Ankommen in Deutschland für die
149 Geflüchteten selbst massiv erleichtert haben. Während die Kommunen über überfüllte
150 Unterkünfte klagen, werden mehr Abschiebungen als Lösung dargestellt. Insbesondere
151 die CDU/CSU springt in diese Bresche, unterstellt der Bundesregierung Untätigkeit und
152 fordert mehr "Rückführungspartnerschaften" mit Drittstaaten. Aber auch die
153 Bundesregierung steht dieser Logik nicht fern. Im Koalitionsvertrag ist, neben
154 einigen durchaus progressiven migrationspolitischen Vorhaben, eine
155 "Rückführungsoffensive" vorgesehen und der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung,
156 FDP-Politiker Joachim Stamp, plädiert mit Nachdruck für die Auslagerung von
157 Asylverfahren in Drittstaaten, was den Zugang zu rechtsstaatlichen Asylverfahren in
158 der EU faktisch aushebeln würde. Im Mai 2023 verkündete die Bundesregierung, dass sie
159 die Pläne der EU-Kommission unterstütze, sich für mehr Abschiebungen und stärkeren
160 "Schutz" der Außengrenze einsetze. Die Debatte um mehr Abschiebungen ist aber eine
161 populistische Nebelkerze. Dass viele formal "Ausreisepflichtige" nicht abgeschoben
162 werden, liegt nicht an Nachlässigkeit oder ausgeprägter Humanität des deutschen
163 Staates, sondern an handfesten Hürden: insbesondere fehlenden Pässen oder der
164 unsicheren Lage in den Herkunftsländern. Statt mit Debatten über
165 Rückführungsoffensiven abzulenken, erwarten wir von der Bundesregierung, sich auf
166 weiterhin hohe Zahlen an Schutzsuchenden einzustellen und ihnen auch tatsächlich
167 Schutz unter menschenwürdigen Bedingungen zu bieten.

168

169 **Deshalb fordern wir:**

- 170 • **Freie Wahl von Wohnort und Wohnart für Geflüchtete von Anfang an!** Damit
171 entlasten wir die Aufnahmeeinrichtungen und erleichtern das Ankommen in
172 Deutschland.
- 173 • **Bundesweit einheitliche, verbindliche Mindeststandards** in Unterkünften für
174 Geflüchtete

- 175 • Bei diesen Standards insbesondere den **Schutz von Frauen** verstärkt zu beachten.
176 Dazu können auch separate Unterkünfte zählen. Abschließbare Zimmer und
177 Badezimmer in gemischten Unterkünften müssen zwingend gegeben sein. Außerdem
178 sollte das (Wach-)Personal in den Unterkünften gendersensibel geschult werden
179 und nicht rein männlich zusammengesetzt sein. Hygieneartikel sollten kostenlos
180 gestellt werden und in den Unterkünften verfügbar sein.
- 181 • ein besseres und transparentes Beschwerdemanagement in Geflüchtetenunterkünften
- 182 • dass die Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten endlich
183 angemessen finanziell unterstützt werden. Der Bund hat seine Blockadehaltung
184 hier aufzugeben. Solange eine menschen- und völkerrechtswidrige Behandlung von
185 flüchtenden und
186 geflüchteten Personen nach der aktuell gültigen oder momentan geplanten
187 Rechtslage droht,
188 fordern wir zudem einen bundesweiten Abschiebestopp mit sofortiger Wirkung, um
189 das Leben
190 und die Würde der Betroffenen zu schützen.
- 191 • Schließlich fordern wir die Bundesinnenministerin und alle anderen Amts- und
192 Mandatsträger*innen der SPD auf, sich an die Beschlusslage zu Flucht und Asyl in
193 der Partei
194 zu halten und sich intensiver und fairer mit der Kritik am aktuellen Kurs der
195 Asylrechtsverschärfungen auseinanderzusetzen
- 196
- 197 Wir steuern auf ein Wahljahr in der Europäischen Union zu. Wir Jusos stehen zu
198 unserer Vision eines vereinten Europas. Dieses Europa muss aber in vielen Bereichen
199 anders handeln, als es die EU aktuell macht. Bei der Asylpolitik ist die Kluft
200 zwischen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde auf der einen Seite und der
201 Realität mit Pushbacks, Rückführungsrhetorik und Geflüchtetenlagern auf der anderen
202 Seite gigantisch. Auch die deutsche Bundesregierung schwenkt aktuell in diesen Kurs
203 ein - einen Kurs der Abschottung. Diesem Kurs stellen wir uns entgegen - **denn kein**
204 **Mensch ist illegal!**